

Bern, den 7. April 1954.

s.B.31.A.O.2.  
p.B.15.11.A.2. -- DP.

A n d e n B u n d e s r a t

Schutz der Schweizer Interessen  
 in Ostdeutschland; Aufnahme gewisser  
 de facto Beziehungen mit der DDR

Ergänzung zum Antrag vom 3. April 1954 (ad III)

1) Ueber den Zeitpunkt der beabsichtigten Verhandlungen ist zu bemerken, dass sie in formloser Weise bereits im letzten Februar begonnen worden sind, so dass keinesfalls der Eindruck bestehen kann, unsere Bereitschaft zu Diskussionen sei irgendwie auf die sowjetrussische Zuerkennung der formalen Souveränität an Ostdeutschland zurückzuführen. Im Gegenteil können wir uns mit gutem Gewissen auf den Standpunkt stellen, dass die neue Entwicklung auf unsere Verhandlungsbereitschaft überhaupt keinen Einfluss ausgeübt habe; unsere Vertreter würden dies auch ihren ostdeutschen Gesprächspartnern gegenüber ausdrücklich betonen.

2) Die Frage wurde gestellt, ob nicht die unzulässige Behandlung, der unsere Delegation in Berlin seitens der ostdeutschen Behörden ausgesetzt worden sei, heute einen Verzicht auf die beabsichtigten Verhandlungen nahelege. Hierzu ist zu bemerken, dass sich tatsächlich die Regierung der DDR und gewisse Parteistellen der SED der Delegation gegenüber nach dem Scheitern der zwischenstaatlichen Verhandlungen (vor zwei Jahren) recht unfreundlich gezeigt haben. Sie haben die untergeordneten Behörden angewiesen, mit der "sogenannten" schweizerischen Delegation nicht zu verkehren. Sie haben gegen Ende 1952 die bis dahin in Fragen des Handelsverkehrs bestehende normale Zusammenarbeit mit der Delegation eingestellt und anfangs 1953 die Delegation veranlasst, ihr Büro im Ostsektor von Berlin zu schliessen. Im Laufe des vergangenen Jahres haben die ostdeutschen Behörden ferner vorübergehend in übelwollender Weise den Postverkehr zwischen der Delegation und den Landsleuten in Ostdeutschland behindert.

Diese letztere Schwierigkeit ist aber seit einigen Monaten wieder aufgehoben, und die ostdeutschen Behörden haben sogar in Bezug auf den Versand von Lebensmittelpaketen an bedürftige Schweizerbürger in Ostdeutschland ein gewisses Mass besonderen Entgegenkommens gezeigt.



Wenn man die Haltung der DDR der Delegation gegenüber nachträglich würdigen will, kann man feststellen, dass sie dem Unmut, den sie nach dem Scheitern der Verhandlungen zeigte, doch einige Zügel auferlegt hat. Die Schliessung des Delegationsbüros im Ostsektor (das übrigens keine formell geregelte Existenzgrundlage hatte) hat sich in einigermaßen erträglicher Form abgespielt. Die Schweizerbürger in Ostdeutschland, die dort allerdings unter den allgemeinen Verhältnissen ziemlich schwer zu leiden haben, sind keinen besonderen Verfolgungen ausgesetzt und ihre Pässe, ausgestellt von der Delegation, wurden bisher anerkannt. Nach den Informationen, die dem Politischen Departement vor kurzem zugekommen sind, besteht übrigens in der letzten Zeit in der Ostzone eine gewisse Tendenz, die Schweizer (ebenso wie die Skandinavier) unter allen westlichen Ausländern besonders zuvorkommend zu behandeln. Nach Berichten unserer Delegation soll die sogenannte Volkspolizei entsprechende Weisungen erhalten haben.

3) Abgesehen von den Ländern der sowjetrussischen Einflusssphäre - den sogenannten Volksdemokratien - haben bloss Finnland und Aegypten mit der DDR Beziehungen aufgenommen; ersteres in Form eines Austausches von Handelsvertretungen, letzteres indem es eine offizielle ostdeutsche Handelsvertretung in Kairo zugelassen hat. Es ist übrigens zu bemerken, dass die meisten westeuropäischen Staaten in der DDR verhältnismässig geringere Interessen namentlich in Hinsicht auf personelle Betreuung haben als die Schweiz.